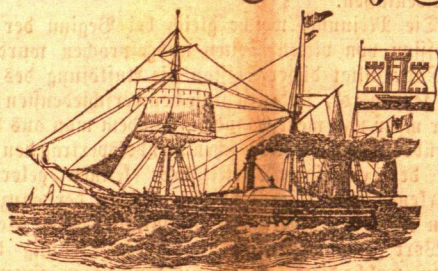


# Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pränumerando 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,  
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr  
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

N<sup>o</sup> 49.

Memel, Donnerstag, den 27. Februar.

1879.

Abonnements-Bestellungen auf  
das „Memeler Dampfboot“ pro  
Monat März werden von Hiesigen in unserer  
Expedition, von Auswärtigen von sämtlichen  
kaiserlichen Post-Anstalten entgegen ge-  
nommen. Der Pränumerationspreis beträgt  
hier am Orte 1 Mk., mit Botenlohn sowie aus-  
wärts 1 Mk. 20 Pf. Für Rußland bei den  
dortigen Postanstalten 3 Rubel pro halbes Jahr.

## Tages-Chronik.

Den 27., Vorm. 11 Uhr, im Geschäftszimmer der  
Kreisgerichts-Gefängnis-Inspection Submision wegen  
Lieferung von Brod; Nachm. 2 Uhr, bei Hm. A. Schmidt,  
Sandwehr, Auction von Materialwaaren.

## Zur Physiognomie des Tages.

Die Schellenkappe klingt zum letzten Male, zum  
letzten Male verhält die Larve das Gesicht, und dann  
weicht das Maskenkostüm dem düsteren Trauerkleide, auf  
die Zeit der tollen Lust folgt eine Zeit des schweren  
Ernstes, der freudentönde Fastnachtsdienstag sinkt dahin  
und auf steht der graue Aschermittwoch. Im Deutschen  
Nordens sind die Contraste nicht allzusehr zwischen Fas-  
chingslust und Fastenzeit, da ist der Jubel nicht gar toll  
und die Trauerzeit nicht gar schwer. Aber etwas von  
dem übermüthigen Carnevalsstreben durchdringt doch das  
öffentliche Leben, kommt da zum Vorschein, wo man es  
am Wenigsten vermuthet, hoffen wir, daß die Fastenzeit  
hier regelnd, ordnend walten wird. In Berlin hat  
Prinz Carneval sich nicht begnügt, nächtlicherweile in den  
lichtdurchwogenen Festräumen des berühmten Kroll'schen  
Etablissements oder der „Flora“ sein Scepter zu führen,  
er zeigte sich auch am helllichten Tage mitten im Parla-  
ment. Wie hat doch die Carnevalszeit die Physiognomie  
der Parteien verändert, ihre Stellung zu einander und  
zu der Regierung verrückt. Diejenigen, die sonst treu  
zur Regierung standen, sehen wir ihr kämpfend gegen-  
über, die grimmigsten Feinde der Regierung stehen  
ihre als Bundesgenossen zur Seite, und wild über den  
Haufen geworfen sehen wir alle gewohnten und herkömm-  
lichen Gruppierungen im Reichstag.

Die Wirthschaftspolitik war es, die diesen erstaun-  
lichen Effect erzielte. Da sehen wir Delbrück, der seit  
Begründung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen  
Reiches bis 1877 am Regierungstische die Wirthschafts-  
und Handelspolitik des Reiches vertrat, gegen eben diese  
neuere Politik des Reiches ankämpfen, da sehen wir Eugen  
Richter Arm in Arm mit dem bisherigen Reichskanzler-  
amts-Präsidenten und Minister. Da sehen wir diejeni-  
gen, die sonst am treuesten zu Bismarck standen, Natio-  
nalliberale wie Bamberger, im hitzigsten Oppositionstone  
gegen den Reichskanzler sich kehren, da sehen wir das  
Centrum in seiner Mehrheit an der Seite der Regierung  
und selbst die vielverfolgten, staatsfeindlichen Sozial-  
demokraten wollen mit der Regierung stimmen. Ist das  
nicht ein parlamentarischer Carneval?

Dieser parlamentarische Fasching hat aber nun sei-  
nen Höhepunkt erreicht, es ist Zeit, daß der Aschermitt-  
woch kommt und die Dinge wieder einrenkt, in die alten  
Geleise bringt. Es waren indeß nicht bloß die wirth-  
schaftlichen Debatten der letzten Tage, welche den Reichs-  
tag so unentfesselt machten, auch die Vorlagen und De-  
batten in Betreff der Sozialdemokraten verändern sehr  
die Physiognomie unseres Reichsparlaments. Sonst, wenn  
von der Sozialdemokratie die Rede war, da betreten Mit-  
glieder der freisinnigen und konservativen Fraktion nur  
die Tribüne, um anzukämpfen gegen diese staatsgefähr-  
liche, volksverführerische Partei. Jüngst sahen wir sie in-  
deß die Sache der Sozialdemokratie führen und ähnlich  
werden sich die Verhandlungen über die Reichstags-  
disziplinargewalt gestalten.

Auch hier ist es Zeit, daß endlich ein Aschermittwoch  
kommt, die natürlichen Verhältnisse wieder zurückführt.  
Es weht etwas wie „Auflösungsluft“ in den Räumen des  
Reichstages. Man fürchtet, die Differenzen über die  
Wirthschaftspolitik oder die über die Reichstags-Disziplin-

Gewalt könne zu einer Auflösung des Reichstages füh-  
ren und eine Andeutung dieser Möglichkeit hörte sich  
auch aus der Freitagssrede des Reichskanzlers ziemlich  
kräftig heraus. Zu wünschen ist es wahrlich nicht, daß  
nach kaum sechsmonatlicher Ruhe das Reich wieder in die  
Wahlaufregung geworfen wird und es ist darum minde-  
stens zu hoffen, daß die betheiligten Faktoren alles auf-  
bieten werden, um eine Verständigung zwischen Reichs-  
tag und Regierung herbei zu führen.

Entweit in allen politischen Tagesfragen stehen in-  
deß die Parteien einig um den Sarg des ehemaligen  
Kriegsministers Noon. In der Garnisonkirche zu Berlin  
findet heute, Mittwoch, die Trauerfeierlichkeit statt. Ver-  
treter aller Parlamentsfraktionen werden zugegen sein,  
und selbst seine erbittertesten Gegner aus den Zeiten des  
Konflikts werden mit aufrichtiger Trauer zugehen, daß  
ein Mann, hochverdient um die Heeresorganisation, ein  
treuer, wackerer, gefinnungsvoller Mann, wenn auch Ver-  
treter einer überwundenen historischen Richtung, im Sarge  
liegt. Den Kaiser Wilhelm traf der Tod Noons, dem  
er herzlich zugethan war als irgend einem seiner Rätthe,  
sehr hart.

## Politische Uebersicht.

r. Meriel, den 26. Februar.

Im Reichstage sollen nach der Disposition des  
Präsidiums in möglichst kurzer Zeit alle ersten Lesungen  
erledigt werden, damit der Reichstagsraum zur Ar-  
beit bleibt. Das Gesetz über die Disciplinargewalt des  
Reichstags wird nicht vor Freitag auf die Tagesordnung  
kommen, der Rechenschafts-Bericht über Verhängung des  
sogenannten „kleinen Belagerungszustand über Berlin“  
ist nicht vor der künftigen Woche zu erwarten. — Der  
Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich, betreffend die  
Aufhebung des Artikels V des Prager Friedensvertrages  
ist dem Reichstage einfach und ohne Denkschrift zur Kennt-  
nisnahme unterbreitet worden. Es ist nicht unwahr-  
scheinlich, daß sich auch daran eine vielleicht weitergrei-  
fende politische Debatte anknüpfen wird. — Gestern  
Mittag trat die Zoll-Tarif-Commission zu einer Sitzung  
zusammen. In drei Wochen wird die Commission ihre  
Vorschläge an den Reichskanzler abgeben. Der Reichstag  
wird vermuthlich die hierauf bezüglichen Vorlagen frühe-  
stens nach den Osterferien erhalten. — Bei Gelegenheit  
eines Empfangs, welcher kürzlich eine Deputation des  
Centralraths der Deutschen Gewerks-Bereine unter Füh-  
rung des Dr. Max Hirsch im Handelsministerium hatte  
— die Deputation wurde in Vertretung des Herrn May-  
bach vom Ministerialdirector Jacobi empfangen — wurde  
die Forderung der Gewerksvereine auf Anerkennung ihrer  
Institutionen auch gegenüber der Begünstigung der neuen  
Zuinnungen vorgebracht und diesem Wunsche die thunlichste  
Berücksichtigung zugesagt.

„So knüpft an das fröhliche Ende der fröhliche An-  
fang sich an.“ Das neu-alte Oesterreichische Ministerium  
hat bereits seine partielle Krise. Graf Mannsfeld, der  
Ackerbauminister erklärte in der Commendabundung des  
Budgetausschusses, wenn der Referent desselben seinen  
tadelnden Bericht über die Kollapsiertheit der Verwaltung  
des Ackerbaureferats aufrecht halte, werde er, der Mi-  
nister, den Bericht als ein persönliches Mißtrauensvotum  
auffassen und darnach handeln. Die tadelnden Stellen  
des Berichts wurden zwar in Folge dessen weggelassen,  
aber der Referent konstatierte schließlich, daß man die von  
ihm beanstandeten Posten nicht bewilligt, also in der  
Sache selbst ihm, dem Referenten, Recht gegeben habe.

Die Französische Deputirtenkammer hat Carnevals-  
ferien bis zum Donnerstage, der Senat dagegen hält  
am Montag Sitzung. Jedenfalls wird noch im Laufe  
der Woche das Amnestiegesetz verkindigt werden. Die  
Regierung hat bereits Alles zu der raschesten Ausführung  
vorbereitet und zugleich die Thätigkeit zur Anfertigung  
der Begnadigungsdecrete verdoppelt. Die Bureauz der  
Militärjustiz untersuchen die Dossiers der contradictorisch  
und contumacial Verurtheilten mit Hinblick auf die Be-  
gnadigungsdecrete, die dann in der Kanzlei des Justiz-  
ministers revidirt und dem Justizminister zum endgültigen  
Beschlusse vorgelegt werden. Le Moyer legte Grevy laut  
offizieller Angabe wieder ein Decret vor, das 400 De-

portirten in Neucaledonien Pardon gewährt. Durch diesen  
Gnadendecret steigt die Zahl der seit dem 5. Januar Be-  
gnadigten auf 2700. In Neucaledonien bleiben noch  
600 Verurtheilte, die erst nach drei Monaten begnadigt  
werden sollen, wo das neue Gesetz seine Amnestiewirkung  
verloren hat und die dann begnadigten Personen unter  
polizeiliche Aufsicht gestellt werden können. Den in  
contumaciam Verurtheilten die Begnadigungen zuzustel-  
len, wurden die Französischen Consuln bereits beauftragt.

In der diplomatischen Welt amüsiert man sich über  
das eigenthümliche Mißgeschick, welches dem Russischen  
Gesandten in Bukarest, Baron Stuart, passirte, als er  
gegen die Besetzung von Arababia durch die Rumänen  
remonstrirte, eine Besetzung, welche dadurch erleichtert  
worden war, daß sich die kleine Russische Garnison vom  
Officier bis zum Gemeinen im Wodki-Rausche befand.  
Stuart protestirte also aufs Aeußerste gegen diesen „Ge-  
waltstreich“ und verlangte die sofortige Räumung des  
Forts Arababia, weil dasselbe als vorgeschobenes Werk  
einen integrierenden Bestandtheil der „Festung“ Silistria  
bilde. Dieses Wort, das im Gegensatz steht zu den Be-  
stimmungen des Berliner Vertrages — griff man in  
Bukarest auf, betonte die Nothwendigkeit der Schleifung  
aller Donau-Festungen und setzte die Mächte davon in  
Kenntniß. Die Mächte reclamirten in Petersburg, daß  
man 6 Monate nach dem Berliner Frieden der Stadt  
Silistria noch den Character einer „Festung“ beilege und  
Fürst Gortschakoff sah sich gezwungen, den „Schreibfehler“  
seines diplomatischen Agenten bedauernd zu verlegen.  
Baron Stuart aber ward sofort von seinem Posten ab-  
berufen und ihm zunächst ein anderes diplomatisches Amt  
anvertraut.

Die mit Spannung erwartete Rede des Fürsten  
Dondufow-Korsakow bei der Eröffnung der Bulgarischen  
National-Versammlung ist, nach dem knappen telegraphi-  
schen Auszuge, welcher vorliegt, sehr matt und reservirt  
ausgefallen. Die „Opfer“ Rußlands, deklamirte der  
Fürst, hätten die Bulgaren so herrlich weit gebracht, daß  
sie jetzt „frei“ nach ihrem Gewissen über ihre eigenen  
Interessen berathen könnten. Man muß abwarten, wie  
diese „Freiheit“ sich in der Praxis ausnehmen wird.  
Wenn es wahr ist, daß die National-Versammlung sich  
den Montenegreiner Bozo Petrovic als Fürsten setzen  
will, so dürfte noch mancher Zweifel an der Bulgarischen  
Selbstregierung austauschen. Nicht ganz glaublich erscheint  
uns die Nachricht, daß der Türkische Commissar gegen  
den Zusammentritt der Nationalversammlung protestiren  
wolle, weil derselbe nicht nach den Vorschriften des Ber-  
liner Vertrages erfolgt wäre. Ein solcher Protest wäre  
erst dann an der Stelle, wenn Delegirte aus Ost-Rume-  
lien zur Theilnahme an den Verhandlungen der Bulgari-  
schen Notabeln zugelassen würden.

Einen pikanten Vorfall am Petersburger Hofe er-  
zählt der dortige Correspondent der Berliner National-  
Zeitung. Der Thronfolger hatte auf einen der letzten  
Tage einen Ball angesagt. Am 8 Uhr Abends an dem-  
selben Tage ward das Fest abbestellt. Natürlich forschte  
Alles nach Gründen für diesen politischen Entschluß.  
Man erzählt, der Thronfolger habe den Großfürsten  
Nikolaus, weiland Obercommandirenden und seitdem  
wegen der bekannten Unterschiefe in der Armee arg  
compromittirten Bruder des Czars, nicht eingeladen.  
Der Kaiser habe das vorher erfahren und den Thron-  
folger fragen lassen, warum er den Onkel nicht ein-  
geladen. Der Thronfolger habe erklärt, er könne diesen  
Mann nicht zu sich einladen und werde es nicht thun,  
worauf der Kaiser seinerseits erklärte, er habe den Mann  
zum Obercommandirenden gemacht und werde durch eine solche  
Behandlung daher mitverletzt, könne also auch nicht zum  
Ball erscheinen. Darauf Absage des Balles beim Thron-  
folger, der die Absage des Balles beim Kaiser zum Freitag an-  
gesetzten Balles folgte. Der Kaiser ist nach demselben  
Berichte von arthmatischen Anfällen sehr geplagt und  
sieht äußerst müde aus.

Der Krieg mit den Zulu-Kaffern macht den Eng-  
ländern mehr Sorge, als man glauben sollte. Die  
neueste Times, die ebenso wie die anderen Londoner  
Blätter seit acht Tagen von Zuschriften aus dem Publi-  
cum wegen des Zulu-Krieges förmlich überschwemmt wird,









